

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter MUDr. PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky (fraktionslos)

**Transparenzgesetz der Landesregierung und Vergabeaffäre bei PR-Kampagnen**

Anfrage des Abgeordneten MUDr. PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky (fraktionslos) an die Landesregierung, eingegangen am 26.05.2026

Im Koalitionsvertrag der rot-grünen Landesregierung von 2022 heißt es wörtlich: „Für eine freie und transparente Gesellschaft werden wir in Niedersachsen ein modernes und umfassendes Informationsfreiheits- und Transparenzgesetz schaffen. Staatliche Stellen werden dabei verpflichtet, alle relevanten Informationen digital in einem Transparenzregister zu veröffentlichen.“<sup>1</sup>

Bis Ende April 2026 liegt noch kein Gesetzentwurf im Landtag vor. Niedersachsen ist damit neben Bayern weiterhin das einzige Bundesland ohne ein echtes Transparenz- bzw. Informationsfreiheitsgesetz. Ein Bündnis aus Transparency International, Deutschem Journalisten-Verband und weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen („Transparenz schafft Vertrauen“) übt deshalb seit Monaten Kritik. Im Januar 2026 berichtete der NDR unter dem Titel „Fehlendes Transparenz-Gesetz: Kritiker werden ungeduldig“, dass das Gesetz angesichts der Landtagswahlen 2027 „unter die Räder zu geraten“ drohe.<sup>2</sup>

Justizministerin Kathrin Wahlmann (SPD) teilte mit, dass ein Entwurf im Ministerium vorliege. Sie kündigte an, diesen im Januar 2026 zu prüfen und rechnete mit einer Umsetzung „im Laufe des Jahres 2026“. Gleichzeitig verwies sie auf die Priorität der Digitalisierung der Justiz. Innerhalb der Koalition gibt es erkennbare Spannungen: Die Grünen drängen auf eine schnelle und ambitionierte Lösung, während in der SPD bürokratische Bedenken eine Rolle spielen.<sup>3</sup>

Parallel dazu startete die Landesregierung im Januar 2026 eine neue Standort- und Imagekampagne mit einem Volumen von insgesamt 10 Millionen Euro (je 5 Millionen Euro für 2026 und 2027). Die Ausschreibung läuft europaweit über das Logistik Zentrum Niedersachsen. Kritiker sehen hier einen Widerspruch: Während die Regierung Millionen für Image-PR ausbebe, fehle den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Öffentlichkeit weiterhin ein gesetzlich verankertes Recht auf aktive Transparenz bei Vergaben, Beraterverträgen und Kampagnen.

Im Jahr 2017 stand Ministerpräsident Olaf Lies (SPD) als damaliger Wirtschaftsminister im Zentrum einer Vergabeaffäre um nicht ordnungsgemäß ausgeschriebene PR-Aufträge (u. a. Neugestaltung der Landeswebsite nds.de, „Sieben-Städte-Tour“ mit fast 1 Million Euro Volumen und neuer Landdessalogan). Der Fall führte zu einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss, Rücktritten und Vorwürfen der Bevorzugung von „Lieblingsagenturen“.

1. Wann genau wurde der erste Entwurf eines Transparenz- bzw. Informationsfreiheitsgesetzes im Justizministerium fertiggestellt, und wann wurde dieser Entwurf den Koalitionsfraktionen (SPD und Grüne) sowie dem Kabinett vorgelegt?
2. Welche konkreten Gründe haben seit Abschluss des Koalitionsvertrags 2022 zu der mehr als dreijährigen Verzögerung bei der Vorlage eines Gesetzentwurfs im Landtag geführt, und welche Prioritäten innerhalb der Landesregierung haben dazu geführt, dass das im Koalitionsvertrag ausdrücklich vereinbarte Vorhaben bis April 2026 noch nicht umgesetzt wurde?

<sup>1</sup> [https://www.spdnds.de/wp-content/uploads/sites/77/2022/12/SPD\\_NDS\\_LTW\\_Koalitionsvertrag\\_2022\\_2027\\_Web.pdf](https://www.spdnds.de/wp-content/uploads/sites/77/2022/12/SPD_NDS_LTW_Koalitionsvertrag_2022_2027_Web.pdf)

<sup>2</sup> <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/fehlendes-transparenz-gesetz-kritiker-werden-ungeduldig,transparenzgesetz-108.html>

<sup>3</sup> <https://transparenzgesetz-nds.de/blog/haz-streit-in-der-koalition-warum-das-transparenzgesetz-in-niedersachsen-weiter-auf-sich-warten-lass/>

3. Welche Positionen vertreten Justizministerin Kathrin Wahlmann (SPD) und die Grünen in den Verhandlungen zum Transparenzgesetz jeweils, und welche Kompromisse oder Konflikte gibt es insbesondere hinsichtlich des Umfangs des geplanten Transparenzregisters und der Ausnahmeregelungen?
4. Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung, um das Transparenzgesetz noch vor den Landtagswahlen 2027 in Kraft treten zu lassen, und welcher verbindliche Zeitplan (Gesetzentwurf, Anhörung, Beschluss) liegt dafür vor?
5. In welchem Umfang und mit welchen konkreten Kosten (bitte Aufschlüsselung nach Agenturen, Verträgen und Leistungen) wird die neue Standort- und Imagekampagne der Landesregierung im Umfang von 10 Millionen Euro (2026/2027) durchgeführt, und warum wurde diese Kampagne europaweit ausgeschrieben, obwohl bisher kein Transparenzgesetz existiert, das eine lückenlose Nachvollziehbarkeit solcher Ausgaben ermöglichen würde?
6. Welche Agenturen, Beraterinnen und Berater oder sonstige Dritten wurden bei der Vorbereitung und Vergabe der 10-Millionen-Euro-Imagekampagne bereits beauftragt oder in Vorab-Gespräche einbezogen, und lagen hierfür ordnungsgemäße Ausschreibungsverfahren vor?
7. Welche Lehren zieht die Landesregierung aus der Vergabeaffäre von 2017 (nicht ordnungsgemäß ausgeschriebene PR-Aufträge unter dem damaligen Wirtschaftsminister Olaf Lies), und welche internen Richtlinien oder Kontrollmechanismen wurden seither eingeführt, um vergleichbare Verstöße bei PR- und Imagekampagnen zu verhindern?
8. Warum hat die Landesregierung trotz der anhaltenden Kritik von Transparency International, DJV und dem Bündnis „Transparenz schafft Vertrauen“ keine Übergangsregelungen (z. B. freiwillige Veröffentlichungspflichten für größere Vergaben und Kampagnen) eingeführt, bis das Transparenzgesetz vorliegt?
9. Gibt es nach Auffassung der Landesregierung einen Zusammenhang zwischen dem Fehlen eines Transparenzgesetzes und dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Vergabepraxis der öffentlichen Hand, insbesondere im Kontext der aktuellen Millionen-Kampagne, und wie bewertet sie diesen Zusammenhang gegebenenfalls?
10. Welche weiteren großen Vergabe- und Beraterverträge (Volumen über 100 000 Euro) hat die Landesregierung bzw. haben ihre nachgeordneten Behörden seit 2022 ohne vorherige europaweite Ausschreibung vergeben, und in welchen Fällen gab es dabei Kritik oder Beanstandungen durch den Landesrechnungshof?
11. Welche konkreten Schritte unternimmt die Landesregierung, um Niedersachsen aus der bundesweiten Schlusslicht-Position bei der Informations- und Lobbytransparenz herauszuführen, und welche weiteren Vorhaben (z. B. Lobbyregister, verpflichtende Veröffentlichung von Gutachten) plant sie gegebenenfalls zusätzlich zum Transparenzgesetz?